

Erscheint täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementpreis
vierteljährlich für Halle und durch
die Post bezogen 2 Mark.

Insertionspreis
für die viergespaltene Corpnus-
Zeile oder deren Raum 15 Pf.

Halle'sches Tageblatt.

Beilagegebühren 9 Mart.

Insertate
für die nachfolgende Nummer
bestimmt, werden bis 9 Uhr Vor-
mittags, größere dagegen Tags
vorher erbeten.

Insertate besterben sämtliche
Annoncen-Durczug.

Verantwortlicher Herausgeber.
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Nr. 130.

Freitag, den 8. Juni.

1883.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Aug. Apelt, Schulgasse 8, Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Gießstraße 67,
Albert Schmidt, Domplatz 8, A. Voigt, Gießstraße, Abolatenstraße 9a, part., Ladw. Kramer, Diemitz.

Die öffentliche Meinung Frankreichs.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist gegenwärtig wieder von einer neuen nervösen Reizbarkeit besessen, für die man eine Erklärung nur in dem verhängnisvollen Engagement der auswärtigen Politik suchen kann. Die schlimmsten Alarmnachrichten vom Kriegsschauplatz durchlaufen Paris; man erzählt sich, daß die in Hannover gefallenen Hebräer gepöbelt worden seien. Mißbothschaften an dem schrecklichen Inhalt werden in Verbindung mit dem Gerüchte, daß der Marineminister demissionirt habe, umgerichtet und dem Dementi der „Agence Havas“ glaubt kein Mensch. Da ist es nicht zu wundern, daß die Franzosen überall wieder Gespöcher sehen, daß die alten Antipathien und Sympathien wieder mit einer gewissen Leidenschaft sich kundgeben. Die Tripel-Allianz ist plötzlich wieder Gegenstand der schärfsten Kritik geworden und jede der einzelnen, an derselben beteiligten Mächte, ihre Generale und Staatsmänner erfahren die unfreundlichste Behandlung. Man bleibt in der französischen Hauptstadt jetzt hartnäckiger als je dabei, daß Feldmarschall Moltke, der von Genoa aus sich den Schauplatz der ersten Siege Napoleons mit Interesse ansehen möchte, die von Italien nach Frankreich führenden Eisenbahnen studirt habe. Daran wird von einem Boulevardblatt ein ganz verirrter Plan Bismarck's zur Aufhebung Frankreichs unter die Nachbarmächte geknüpft, bei dem selbst die Schweiz etwas erhalten und nur die Maragassien und Tontines leer ausgehen. Die französische Presse ist nun einmal verstimmt, eingeschüchtern, sie tritt wieder in die Aera der patriotischen Beklemmungen, sie konstruirt sich leichtfertig Feindschaften und malt sich andererseits Freundschaften aus, die nicht weniger einen phantastischen Charakter tragen. Weil der Czar Herrn Waddington mon général angeprochen hat, ist die „République Française“ entzündet und sie sieht bereits die französisch-russische Allianz wieder in Sicht; die Konferenz der Könige von Spanien und Portugal ist dem gambettischen Blatte ein weiterer Richtpunkt an dem sonst dunklen französischen Horizont und endlich erblickt es die Türkei, durch Lord Russel's Reformprojekte erschreckt, sich bereits an die Seite Frankreichs schloß. Man sieht Herrn Gambert nach diesem hoffnungsreichen Artikel förmlich sich den Mund abwischen.

Man muß sich aber wirklich im Ernste fragen, ob solche Tathweisen die Stimmung der Nation in einem Augenblicke ausdrücken, da sie zu dem mit mancherlei Gefahren verbundenen Unternehmen sich entschlossen hat, ihr Prestige in fernem Meeren wiederherzustellen. Weder hat Deutschland den Franzosen den mindesten Anlaß zu diesen beschwerlichen Ausfällen, noch Rußland denselben auch nur den Schatten eines Vorwandes für die ausgelegten Liebens-

würdigkeiten gegeben, mit welchen die chauvinistische Presse eben den Carenhof überhäuft. Es sieht gar keinen Augenblick in Frage, daß die deutsche Politik und Seemacht den Franzosen im chinesischen Südmere erhebliche Schwierigkeiten bei ihrem Weiter breiten könnte, und angeführt dieser Thatsache ist es eine geradezu triviale Debe, wenn der „Temps“ die Anämien mit Gewehren aus der erfundenen Potsdamer Fabrik bemäntelt. Deutschland hätte bei seinem starken ostasiatischen Handel sogar ein Interesse, den Ausbruch des Krieges zwischen China und Frankreich, bei welchem den Neutralen in seinem Falle Vortheile erwachsen können, zu verhindern, eventuell sich auf die Seite der prolocierten Macht zu schlagen; aber das deutsche Auswärtige Amt hat hierfür so wenig Dispositionen getroffen, daß die ostasiatische Escadre auch nicht um ein Schiff vergrößert wird. Die deutsche Presse andererseits erörtert mit der allergrößten Unbefangenheit das französische Unternehmen, dem sie vollen Erfolg wünscht, weil, wie die „National-Zeitung“ sagt, die Befestigung der Franzosen auf der hinterindischen Halbinsel gleichbedeutend sei mit der Ausbreitung der europäischen Gleichheit. Aber nicht allein Deutschland, alle Mächte, bis auf England und vielleicht Rußland, sind entschlossen, in einem Streite, der sehr viele und wichtige Interessen tangiren kann, die wohlwollendste Neutralität zu beobachten, und in allen kontinentalen Hauptstädten haben die Drohungen der englischen Presse gegen Frankreich Entzühnung hervorgerufen. Das muß in einem Momente constatatirt werden, da über die Franzosen wieder jenes seltsame Fieber gekommen zu sein scheint, welches ihre öffentliche Meinung gegen die evidentesten Thatsachen blind zu machen scheint.

Wenn auf der einen Seite nicht der mindeste Grund extenbar ist, welcher das französische Volk gerade jetzt von Neuen gegen die Tripel-Allianz mißtraulich machen könnte, so hat sich andererseits in dem Verhältnisse zwischen Frankreich und Rußland auch nicht das Mindeste geändert, das die gambettische Presse als einen Anhaltspunkt für ihre weitläufigen Kombinationen benutzen könnte. Der Empfang des Herrn Waddington in Moskau ist ohne alle Frage ein ausgezeichnetes gewesen, da die französische Regierung täglich einen Krönungsbothschafter geschickt hat, welcher dem konservativen Sinne des Caren mehr zusagte, als vermuthlich einer der gegenwärtigen Nachbarn; aber selbst Herrn Gallenel-Lacour würden wahrscheinlich bei diesem besonderen Anlasse die Auszeichnungen eines Botschafters der französischen Nation nicht gespart haben. Irgend eine besondere Kundgebung weiß kein Organ, die „République Française“, für sich sonst nicht zu verwerthen, als das bekannte Friedensmanifest des Caren durch einen häßlichen Seitenblick nach Berlin, wo man angeblich Luft haben könnte,

die europäische Miße zu führen. Es ist ein geradezu triviales Treiben, dessen sich die französische Presse jetzt wieder schuldig macht und das von Neuen beweist, wie wenig politische Weisheit auch heute noch den Führern der öffentlichen Meinung in Frankreich innewohnt. Dieser hysterische Zustand ist zunächst eine Unselbstständigkeit für die Nachbarn der Franzosen und jene Völker, die mit ihnen in den besten Beziehungen leben wollen, wobei es auf die Fassung der Worte weniger als auf den Ernst des Entschlusses ankommt, er ist aber für Frankreich eine Gefahr, denn er benimmt den Entscheidungen der Nation jede Berechnung und die Zurechnungsfähigkeit.

Ein Blick über den Kanal könnte die Franzosen von sogenannten politischen Verfall lehren, wie sich eine starke Nation im Momente folgenschwerer Entscheidungen verhält. Die Aktion der englischen Presse angefaßt, die aggrivirte Diskussion war mäßighaft gegen die Vertreter, von welchen sie indirekte Förderung hoffte, wie gegen die Konkurrenten, von denen sie Gegnerschaft fürchtete. Wie die Dinge heute von denen sie gegnerisch fürchtete, daß die Franzosen noch so lange, seien, ist es wahrscheinlich, daß die Franzosen sich so lange, wie an der Selbstverhaltung, auch an der auswärtigen Politik zu lernen haben und man mag nur wünschen, daß die Fehler der Führer nicht den Schaden der Nation bilden.

Zur Moskauer Kaiserkrönung.

Moskau, 6. Juni. Die Einweihung der Erbsarkophage hat heute nicht stattgefunden, sondern wird erst morgen erfolgen. Fast alle Krönungsbothschafter werden sich vor ihrer Rückreise noch einige Tage nach Petersburg begeben. Heute Abend wird der Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Woronzoff-Dasskoff, die Vertreter der auswärtigen und der russischen Presse empfangen; dieselben werden eine Andateadresse für die der Presse bereitete außerordentlich liebenswürdige Aufnahme überreichen.

Moskau, 6. Juni. Heute wurde dem Kaiser vom Fürsten von Bulgarien im Beisein der hier anwesenden bulgarischen Minister und Deputationen ein lobfähres Geschenk überreicht. — Der Fürst von Montenegro empfing gestern den Metropolitan von Moskau und Kolonna, Zerkowitsch und nahm ein ihm von demselben verordnetes Heiligentum entgegen. Der Fürst dankte dem Metropolitan und sprach dabei zugleich seine hohe Freude über die Brüderlichkeit aus, die den Montenegrinern von den Russen entgegengebracht werde.

Politische Tagesübersicht.

Halle, den 7. Juni.
Ueber die bereits gestern kurz erwähnte Unterredung des Herrn von Bennigsen mit dem Fürsten Bismarck schreibt man der „Magd. Zg.“ aus Berlin

ihre Bitte nicht erforderte, wäre zu befürchten, daß die Unglücklichen die Thüre ihres Gefängnisses mit Gewalt eröffnen würden; denn die Verzweiflung ist stark.

Ohne einen Zug des ephernen Antlitzes zu verändern, hörte der Vicegepann die Bitte und die Drohung bis zu Ende an.

Er war darauf bedacht, daß seine Antwort rhetorisch vollendet sei, sowie denn auch jedes seiner Urtheile für ein Meisterstück der Redekunst und des Stilles angesehen wird. Man konnte ja gar keine andere Form von einem Altsadeligen erwarten, dessen Antlitz einer antiken Statue als Vorwurf zu dienen vermocht hätte.

„Wenn das Gesetz eine Pflicht zuzieht, der erfülle seine Pflicht; wenn das Gesetz eine Strafe zubilligt, der halte seine Strafe aus.“ Es ist die Sache der im Gefängnisse sitzenden Sträflinge, die ihnen zuerkannter Ruhe auszuhalten und meine Pflicht ist es, darüber zu wachen, daß dies geschehe. Ich bin auf dem Plage verblieben, wohin mich meine Pflicht stellte; die Verbrecher mögen daher dort bleiben, wohin sie ihre Strafe brachten. Die Gefahr bedroht mich näher als sie, da ich gerade über ihnen wohne, und auch ich bin von Fleisch und Blut wie andere. Ich wünsche demnach, den Sträflingen mitzutheilen, daß, so lange sie meine Schritte über ihren Häuptern vernehmen, sie sich nicht ängstigen sollen; wenn sie jedoch beschuldigen, Gewalt anzuwenden, so mögen sie wissen, daß ich durch das Gitter zwischen sie schießen lassen werde.“

Die Gefangenen lärmten nicht mehr mit ihren Ketten, sondern bemühten sich, mehr Furcht vor den gemessenen Tritten da oben als vor dem zornigen Brausen da unten zu haben.

Dies war der Mann, zu welchem Herr Andreas Dajudj als Wortführer gesendet wurde.

Welchen Angesichts, obwohl mit starkem Herzen erschien die Gefandtschaft vor dem Thore des Komitatsgefängnisses. An ihrer Spitze schritt der erstame Junkermeister, der ein breites langes Schwert umgürtet hatte, und nachdem man den den Thoreingang verprendernden Schutthaufen überlettert hatte, begann man in dem finsternen Flur nach irgend einer menschlichen Gestalt auszuspähen. (Fortf. folgt.)

Nachdruck verboten.

Der Fluß des Riechers.

Roman in drei Bänden von Maurus Köstl.

Vom Verfasser einzig autorisirt Bearbeitung von Ludwig Wegstler.

(Fortsetzung.)

Malardy musterte den unbesonnenen Sprecher zuerst vom Scheitel bis zur Zehe, dann blickte er ruhig zu dem Steim empor und antwortete endlich mit der ruhigsten klingenden, mittelreinen Stimme der Welt:

„Fahren Sie nur fort in Ihren amtlichen Obliegenheiten, Herr Geschworener.“ Dann sah er nochmals zu dem drohenden Schlüsselstein auf. „Ein einfalliger Stein vermag einen Malardy nicht zu erschlagen.“

Und er blieb weiter dort stehen und achtete des Steines nicht mehr. Er stand dort wie eine Marmorstatue. Und er hätte wirklich einen würdigen Vornur für eine Statue abgegeben. Niemand mochten Bildhauer für eine Statue Wankengesicht erräumen haben: eine hohe runde Stirn mit starken, nervösen Augenbrauen, ein ovales Antlitz, eine gerade Nase, große, weitgeöffnete Augen und ein selbst im Schweigensimponeirender Mund, der daran gewöhnt zu sein schien, jene Worte vor deren Ausgesprochenen erraten zu lassen.

Das Beben der Erde wurde immer heftiger; ein bestaunter Schrank stürzte in die Mitte des Zimmers und leerte seinen ganzen Inhalt auf den Fußboden aus.

Der Schlüsselstein glitt wieder etwas tiefer, und der Sand des Mörtels begann auf das Papier zu rieseln, worauf man schrieb. Malardy rührte sich nicht von seinem Platze.

Endlich war auch die letzte Prozeßakte erledigt. Jeder-mann eilte mit Hast aus dem gefährlichen Zimmer: Malardy war der letzte, der sich entfernte. Als er die Thüre erreichte, fürzte er etwas mit großem Gepolter hinter seinem Rücken zu Boden; es war vielleicht jene Wühlung. Er blickte nicht einmal zurück, um zu sehen, was es gewesen. Was kümmerte einem Malardy die über seinem Haupte schwebenden Steine?

Er besaß eine zahlreiche Familie. Er hatte eine schöne Frau, Söhne, denen er einen Erzieher hielt, welchen man nach alter römischer Sitte Präzept betitelte, und eine kleine Tochter, die noch mit Klappen spielte, ... und seine Seele von den feinen durfte die Stadt verlassen. Niemand sollte sagen dürfen, daß ein Malardy Furcht habe und vor der Gefahr flöhe.

Trotzdem seine Frau nervös, und seine Kinder abergläubisch waren, durfte niemand den Hof des Komitats-hauses verlassen.

Ein großes Holzgebäude, eine ehemalige Wagenremise, wurde als provisorische Wohnung für die Familie des Vicegepanns eingerichtet. Zwar trachteten und sprangen die Balken umheimlich, die Dielen knarnten wie beim Zerbrechen, so daß es schaurig war, auf denselben zu schlafen, und noch viel schauriger, aus dem Schlafe aufgeschreckt zu werden; — doch zu klagen wagte niemand.

Der Vicegepann selbst hatte sich das ehemalige Wachzimmer als Wohnung auslesen; zwar zeigten auch dessen Wände verdächtige Sprünge, und aller Kalthuz lag bereits auf der Erde; doch war es anzunehmen, daß dieses Zimmer aufrecht stehen bleiben würde. Der niederfallende Schutt versperrte wiederholt den Ausgang, und mußte dieser häufig mit größter Anstrengung freigemacht werden.

Unter diesem Zimmer befand sich das Gefängnis. Und in diesem Gefängnis musizierte jetzt fortwährend das grausige Klirren von Ketten und Fesseln.

Der Schließer meldete mit blauen Lippen dem Vicegepann, daß sich die armen Gefangenen fürchteten; die Erde wolle selbst die Todten von sich weisen, so sehr wülte sie, und sie hörten tief im Erdinneren das Toben der unterirdischen Mächte, das Donnern der rasenden Erde; sie hörten das Wanken des ganzen großen Gebäudes, hörten das Herabwürgen der Wände und Schornsteine, welche die engen Gitterfenster verbedeten. Die Unglücklichen stellten den Herrn Vicegepann um Gottes Barmherzigkeit an, sie aus ihren Gefängnissen zu entlassen und sie an die Ketten der heiligen Dreifaltigkeitsschranke fetzen zu lassen. Sie würden sich dort nicht rühren, sondern, Tag und Nacht auf den Anien liegend, sitzen. Wenn der Herr Vicegepann

vom G. v. M.: Herr v. Bennigsen hatte als Präsident der Budgetkommission die Ansicht geäußert, bevor die zweite Lesung des Etats im Plenum des Reichstages beginne, über den Stand der Dinge mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen, um ihm vorzutragen, daß nach Erledigung der Vorbereitung des Etats in der Kommission es empfehlenswerth erscheine, die zweite Lesung im Plenum nicht zu bestimmen, sondern dieselbe nach Vertagung des Reichstages im Herbst erst vorzunehmen, da absonder Zeit genug für die Beratung des Etats im Plenum sich finden werde, während die Unfallversicherungskommission sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung zu beschäftigen habe. Da trotzdem der Präsident des Reichstages unter Zustimmung der Mehrheit schon auf die Tagesordnung der gestrigen Sitzung den Beginn der zweiten Lesung des Budgets gesetzt hatte, so war Herr v. Bennigsen entschlossen, auf den beabsichtigten Wunsch des kaiserlichen Kanzlers zu verzichten. Es war aber die Ansicht von Herrn v. Bennigsen, daß Herr v. Bennigsen erhielt in Folge dessen gestern einen Brief des Grafen W. v. Marnett, welcher ihn im Namen seines Vaters freundlichst ersucht, seine Ansicht auszuführen. Hr. v. Bennigsen hatte demnach gestern Nachmittag — beiläufig, noch bevor er die kirchlich-politische Vorlage kamte — eine Unterredung mit dem Kanzler. Der letztere bezeichnete es als unmöglich, nach der kaiserlichen Vorschrift auf die Durchberatung des Etats noch in dieser Session Bericht zu stellen und sprach sich in einer Weise aus, daß bei einem Scheitern der Gesetzgebung wegen dauernder Geschäftsunfähigkeit die Aufhebung des Reichstages als sicher bevorstehend angenommen werden muß. Letztens soll der Kanzler durch beständige Schlaflosigkeit außerordentlich überreizt sein.

Die gestern im Vorort mitgetheilte Vorlage, betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, unterzeichnet sich von den bisherigen Revisionsgesetzen wesentlich dadurch, daß sie bestimmte Abänderungen an der bestehenden Gesetzgebung trifft, nicht mehr dem legislativen Ermessen der Regierung überlassen, sondern die Anwendung gewisser gesetzlicher Bestimmungen überläßt und auch einen Substanzverlust der Gültigkeit nicht enthält. Dieser Uebergang von den diktorischen Bestimmungen zu einer dauernden, allgemeinen gültigen Revision wird, so sagt die „Magdeb. Ztg.“ mit Recht, von allen Parteien als ein Fortschritt anerkannt werden. Am liebsten liegt der Schwerpunkt der Vorlage in den zwei Bestimmungen, wonach 1) die kirchliche Benennungspflicht und das staatliche Einpruchsrecht nur noch bei bauernd zu besetzenden geistlichen Aemtern, nicht mehr bei provisorischen Stellen ausgedehnt erhalten werden soll, und 2) die Vorschriften aus dem Gesetz vom 14. Juli 1880 wegen Straffreiheit der Übernahme geistlicher Aemter in der erledigten oder solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amtes verhindert ist, für alle geistlichen Aemter zur Anwendung kommen. Eine weitere wichtige Bestimmung ist sodann 3) eine Modifikation des Einpruchsrechts, auch wo dasselbe anrecht erhalten wird. Wir müssen uns eine eingehendere Würdigung vorbehalten. Schon der erste Blick lehrt indessen, daß die Vorschläge Zugeständnisse enthalten, wie sie durch die bisherige Haltung der Kurie nicht geredigert sind. Es wird damit Alles angeboten, was nach Ansicht der Regierung ohne Schädigung wesentlicher Interessen des Staats und seiner Autokratie gewährt werden kann. Die Kurie hat dafür nichts geboten und nichts berechtigt zu der Annahme, daß sie die Gabe mit gleicher Großmuth erwidern werde. Wir hätten wenigstens gewünscht, daß das jetzt Dargebotene die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit bezeichnet worden wäre, auch in dieser Hinsicht vermessen wir jede Abnutzung. Am meisten Anerkennung verdient, daß endlich wieder der Weg rein autonomer Gesetzgebung beschritten wird.

Was jetzt ist man in Abgeordnetenkreisen der Meinung, daß zur ersten Lesung der kirchenpolitischen Vorlage am besten der Montag und nächstfolgendes Dienstag nächster Woche zu verwenden sei. Sedenfalls wird man sich erst mit dem Reichstag zu verständigen suchen, damit an jenem Tage womöglich keine Doppelstunden stattfinden. Die Beurteilung des kirchenpolitischen Gesetzes geht im Allgemeinen dahin, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Rom, welches man theils mit Freude begrüßt, theils längst vorausgesehen haben will, alle Parteien — vom Centrum abgesehen — den Schritt selbstständiger Regelung der kirchenpolitischen Aemtern, den der Staat mit dieser Vorlage zu thun unternimmt, als solchen durchaus billigt, während man im Einzelnen vielfach Mängel an dem Gesetzentwurf zu ändern verlangt wird. Das Centrum wird schon des Art. 4 halber, wenn irgend möglich, gegen die Vorlage stimmen, d. h. wenn es sicher ist, daß durch das Bestehen einer Mehrheit ihm trotzdem die Vortehille der Vorlage zu gute kommen. Die konservativen Aemterblätter sprechen sich durchaus zu Gunsten der Vorlage aus.

Die „Brook-Rover“ bemerkt über die kirchenpolitische Vorlage: Der Entwurf stellt sich eine Revision der Angehörigkeit zur Aufgabe, um auf diese Weise berechtigten Einwendungen, welche gegen die bisherige Gesetzgebung zu erheben waren, Abhilfe zu verschaffen, und die Wiederherstellung einer gemäßigten Seelorge in den katholischen Pfarren zu ermöglichen. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem man die Aemter der Angehörigkeit geistlichen Aemtern gegen die Einpruchsrechte des Staats einstellt, auf der andern Seite aber das Einpruchsrecht selbst und die Stelle, welche über den Einpruch zu befinden hat, in einer Weise geregelt wird, welche der natürlichen Verbindung zwischen dem Dogmen des Staats und der Kirche Raum schafft.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission wurden die Etats des allgemeinen Pensionfonds, des Reichs-Invalidenfonds und der Reichsbahnen unanändert genehmigt. Der Antrag der Zölle wurde mit Rücksicht auf die Wirkung des mit Italien abgeschlossenen Handelsvertrages um 1 Million ermäßigt, die Einnahme aus der Zuckersteuer mit Rücksicht auf die Verabreichung der Steuerzinsentattung um 3500000 M. erhöht und im Uebrigen der Entwurf der Zölle und Verbrauchssteuern genehmigt.

Wie versichert wird, soll über die Reise des Königs von Spanien nach dem Auslande noch immer nichts bestimmt sein. Die Nachricht des Pariser Memorial Diplomatique, das den König nach bestimmten Hauptstädten reisen und andere vermeiden läßt, ist daher ungetrübelt. Bekümmert wird, daß während der Sommerreise der Königin nach Wien der König Alfons Madrid nicht verlassen wird.

Die Eingeborenen Tonkings und die mit ihnen verbundenen chinesische Ueberläufer sind nach den vorliegenden Meldungen französischer Mätrier entschlossen, den Franzosen energischen Widerstand entgegen zu setzen. Die vorzüglichsten anamitischen Truppen werden durch den Prinzen Hoang kommandirt, welcher der königlichen Familie angehört und die Franzosen aus Thieffe haßt. „Wenn ein unglücklicher Soldat oder Offizier“, heißt es in einem Originalbericht aus Hanoi, „in seine Hände fiele, so würde er ihn alle Martern erdulden lassen, die seine Einbildungskraft erfinden könnte.“ Aus dem Berichte geht zugleich hervor, daß englische Interessen nicht bloß in China selbst, sondern auch in Tonking in Betracht kommen. Der König Lu-Duc stand bereits im Begriffe, die Konzeption für verschiedene Bergwerke einer chinesischen Gesellschaft in Hongkong zu ertheilen, die in Wirklichkeit nur von England vorgegeben sein sollte. Von dieser Ansicht erhielt aber der französische Truppenkommandant Riviere Nachricht und beehrte sich, den Chinesen und Engländern zuvorkommen. Aus dieser Thatfache ergibt sich, daß die Engländer nichts verabsäumen werden, den Franzosen in Tonking Schwierigkeiten zu bereiten, so daß es aller militärischer Anstrengungen bedürfen wird, dieselben einen dauernden Erfolg zu erzielen. — Laut Nachrichten aus Algier hat der Kriegsminister das 1. Regiment der algerischen Schwabazüge angewiesen, sich zur Fahrt nach Tongking bereit zu halten. Angehörige des möglichen Bruches mit China sind weitere Maßregeln ähnlicher Art verhängt.

Der Graf von Hohenhausen, englischer Unterstaatssekretär im Departement des Innern, hat in Folge des vom Unterhause zu erlernenden Beschlusses, daß die Unterstaatssekretäre nur von Personen bekleidet werden möchten, die dem Parlament als Mitglieder angehören, seinen Posten niedergelegt.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Juni.
— Se. Maj. der Kaiser gab heute Morgen 9 Uhr der Kaiserin bei der Abreise derselben nach Gohlitz das Geleit zum Potsdamer Bahnhof und unternahm darauf eine Spazierfahrt durch den Thiergarten. Von 11 Uhr ab hörte Se. Majestät den Vortrag des Chefs des Civil-Kabinetts, Wirklichen Geheimen Raths von Wittemost.
— Die Kaiserin hat bei ihrem jüngsten Besuche in der Hygiene-Ausstellung, unter Berücksichtigung der großen Zahl hervorragender Leistungen auf dem Gebiete der Hygiene und des Rettungswesens, zu den 40 goldenen noch weitere 80 silberne Medaillen zur Vertheilung durch die Jury zur Verfügung gestellt. Die goldenen Medaillen sind von außerschwedischer Größe — circa 280 M. Goldwerth — und unvergleichlicher Schönheit der Prägung. Für die beförderlichen Aussteller — Staat und Kommune — welche behelflich bei der Medaillenvertheilung hirs de concours stehen, hat die Protektorin der Ausstellung eine Anzahl von Ehren Diplomen bewilligt. Die Jury wird zur Beendigung des schwierigen Prämiirungsgeschäftes voraussichtlich noch zweier Sitzungen bedürfen.

Kiel, 6. Juni. Die Königin von Schweden ist heute Nacht aus Neumünde hier eingetroffen und setzte ohne Aufenthalt ihre Reise mittelst des dänischen Postdampfers „Dannebrog Somo“ nach Kopenhagen fort.
Karlsruhe, 6. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin statten heute Nachmittag dem Großherzog und der Großherzogin von Württemberg, sowie der Großherzogin-Witwe von Württemberg in Baden-Baden einen Besuch ab.

Frankreich.
Paris, 6. Juni. Der „Courrier du Senegal“ bestätigt, daß sich sämtliche Anzuteigen von Cayor unterworfen haben. Der Anführer derselben, Sambalabe, hat die Erlaubnis erhalten, als Privatmann nach Cayor zurückzukehren. — Nach einer dem Superior des Missionseminars zugegangenen Depesche ist der Missionar Bechet in Tonking entpuppt worden. — Wie die „Union“ meldet, hat die Bevölkerung von Beyangy (Departement Ain) nachdem auf Befehl der obersten Behörde ein Kreuz entfernt worden war, die Hüthe der Republik in der Mairie gewaltsam zerstört.

— Gemarschall Bazaine läßt wieder einmal etwas von sich hören, und es ist ein höchst sonderbarer Brief, den er in einem konservativen Pariser Blatt veröffentlicht. Bazaine versucht wieder einmal sein Verhalten in Mexiko zu rechtfertigen, wo er den armen Kaiser Max „verriet.“ Bazaine veröffentlicht sich zum Zweite aus zwei Handzettel Napoleons III. einige Stellen, aus denen er belegt, daß er nur so handelte, wie sein Kaiser es ihm befahl, der ihm unter Paris, 12. April 1866 u. A. schreibt: „Ich habe nicht nötig, Ihnen zu sagen, wie glücklich ich mich schätze, wenn Sie widerzulegen und Ihnen mündlich meine ganze Dankbarkeit für Ihr Verhalten in Mexiko zu bekunden.“ Napoleon. — Zum Schluß kommt Bazaine auf den glorreichen Gedanken, daß Frankreich ausbleiblich wieder in großer Gefahr schwebt, denn der deutsche Feldmarschall Moltke „schleide“ jetzt an Frankreichs Grenzen umher, nicht bloß um seinen alternden Körper an der italienischen Sonne zu erwärmen. Mache sich aber von Neuen Frankreich Gefahr, dann müsse auch Derjenige (nämlich Bazaine) die Provinzen wieder erobern, gegen dessen Rath man sie verloren habe. Wollte Frankreich aber in unbankbarer Verblendung ihn, Bazaine, nicht wieder zum Feldherrn des kriegführenden Heeres erheben, so werde „der arme Veteran Bazaine“ auch in Range eines gemeinen Soldaten für sein Vaterland zu sterben wissen!

England.
London, 6. Juni. Generalconsul Malet hat den Posten als englischer Gesandter in Brüssel angenommen, wird jedoch bis zur Ankunft seines Nachfolgers, des Majors Barina, welche im Herbst erfolgt, in Aegypten verbleiben.

Deutscher Reichstag.

97. Sitzung. Berlin, 6. Juni.
Präsident von Reventlow eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr mit geistlichen Mittheilungen. Auf der Tagesordnung steht zunächst: Dritte Verlesung des Gesetzentwurfs betr. die Abwehr und Unterdrückung der Rebellenkämpfe.
Zu § 10 liegt folgender Antrag des Abg. v. Götter vor: als neuen Absatz einzufügen: „Ebenso können Befehle von größeren Reichsgütern, die schon vor Erlass dieses Gesetzes unter der Aufsicht einer Landesbehörde standen, und deren Verstreuen zu einem großen Theil in verschiedene deutsche Bundesstaaten verordnet wurden, einen Antrag des Reichstages zu einem großen Theil in verschiedene deutsche Bundesstaaten verordnet wurden, einen Antrag des Reichstages zu § 4. ersuchen. Dieser Antrag wird, derselbe wird angenommen.“
Abg. Dr. Buhl sowie Bundesminister Geh. Oberregierungsrat Weymann bekämpfen den Antrag, welcher darauf abgelehnt wird. Der Entwurf wird schließlich endgültig angenommen. Es folgt Verlesung von Petitionen.

Abg. Dr. Gausfeldt berichtet über die Petition der Handelsfirma Ditt & Conradi zu Remten am Esch bei der Weltausstellung in Melbourne in Australien erlittenen Verluste. Die Petitionskommission hat zwar eine Anerkennung der rechtlichen Verbindlichkeit abgelehnt, empfiehlt aber doch, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bundesminister Geh. Oberregierungsrat Weymann bittet, diesen Antrag abzulehnen. Strauß gegen den Reichskanzler, durch welche die Firma zu Schaden gekommen, seien nicht in das Gebiet seiner amtlichen Thätigkeit und seien deshalb auch von ihm allein zu vertreten. Mittheilungsgründen könne nicht Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein Prinzip von weittragender Bedeutung handle, sein Gehör gegeben werden. Man müsse sich hier auf den niedrigeren Rechtsstandpunkt stellen.

Abg. Sonnemann: Für die betreffende Firma habe es nur einen Ankauf gegeben und dieser war Bevollmächtigter des deutschen Reichs. Einen so feinen juristischen Unterschied, wie ihn der Regierungskommissar gemacht, verfolge der künftige Kaufmann nicht. Wenn man das Gelingen der deutschen Ausstellung in Melbourne ins Auge faßt, so müsse man sich sagen, es würde undankbar sein, wenn man dem damaligen Ausstellungskommissar noch einen Schadenersatzprozess auf den Hals schieben wollte.

Abg. Fehr v. Fettes und Dr. Windthorst befrworten den Reichstagsantrag. Letzterer behauptet, daß die Sache auf dieser breiten Basis diskutiert wird und monach es scheitern könne, als solle gegen den Reichskanzler ein Vorwurf erhoben werden. Ein Urtheil über den Reichskanzler abzugeben, sei niemand in der Lage. Sollte man das gewollt, so hätte man dem Herrn Gelegenheit geben müssen, sich zu verteidigen, was ganz leicht war, man brauchte ihn nur zum Regierungskommissar zu ernennen.

Direktor im Reichsgeschäftamt Aschenborn und Staatssekretär v. Bötticher befrworten den vom Abg. v. Wimmerode beantragten Uebergang zur Tagesordnung. Der Staatssekretär erklärt, die Ablehnung der Petition der Firma Ditt & Conradi sei ihm sehr schwer geworden, aber es habe sich ergeben, daß man sich im vorliegenden Falle lediglich auf den Rechtsstandpunkt zu stellen habe, wenn man nicht ein sehr bedenkliches Präjudiz eingehen wollte.

Abg. Löwe befrwortet den Antrag der Kommission. Abg. Dr. Dohrn ist erfreut, daß der Gegenstand noch zur Erörterung gelangt. Der Fall beweise, daß mit dem Prinzip gebrochen werden müsse, als ob ein Einziger im Stande sei, für sich allein den Handel zu heben und Alles selbst zu vollbringen.

Der Antrag v. Wimmerode auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt, der Antrag der Kommission wird angenommen.

Abg. Dr. Thilenius berichtet über die Petitionen auf Aufhebung des Impfzwanges. Die Kommission beantragt: die Petitionen dem Reichskanzler zur Kenntnissnahme zu überweisen und damit das Ersuchen zu verbinden, er wolle 1. thunlichst bald eine Kommission von Sachverständigen beauftragen, welche unter Oberleitung des Reichsgesundheitsamts den gegenwärtigen physiologischen und pathologischen Stand der Impffrage, insbesondere in Bezug auf die Rautelen, prüft, die geeignet sind, die Impfung mit der größtmöglichen Sicherheit zu umgehen und die — eventuell unter allgemeiner Durchführung der Impfung mit animaler Lymphe — Maßregeln zum Zweck dieser Sicherung vorschlägt; 2. eine brauchbare Impfstoffherstellung auf Grund obligatorischer Anzeigepflicht bezüglich der vorkommenden Podenentkränkungen und deren Verlauf an die zuständige Reichsbehörde; 3. den Erlass eines Volksimpfgesetzes für das Reich und als unerlässliche Vorbedingung für dasselbe die Einföhrung der obligatorischen Leichenschau in den einzelnen Bundesstaaten in Betracht ziehen; 4. dem Reichstage seiner Zeit über den Erfolg der getroffenen Maßregeln Mittheilung zu machen.

Abg. Dr. Müller weist die Angriffe der Impffegner, insbesondere die in den Petitionen enthaltenen, zurück. Die Gegner des Impfzwanges schienen sich der fürchterlichen Verheerungen, welche derselbe die Boden angeht, nicht mehr bewusst zu sein. Wenn man sich darauf berufe, daß auch Pest und andere bedauerliche Krankheiten in neuerer Zeit mehr zurückgegangen seien, so lasse man dabei außer Betracht, daß während jene Krankheiten einen spontanen Anfang nahmen, die Boden ausschließlich durch Kontaktumg weiterverbreitet werden. Die Impfstoffherstellung ist zwar noch mangelhaft, aber sie genüge, um die Schutzkraft der Bodenimpfung zu bewahren.

Abg. Reinger: In der ständigen Behandlung, welche die Sache durch den Herren gefunden, sei eine Mißachtung

